



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0286.090

P/XIII/265 - 21. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Am Beginn eines neuen Nervenkrieges Vor Chruschtschows "Aktion Berlin"	60
3 - 4	Unaufhaltsamer Niedergang der österreichischen KP Nicht mehr ein Faktor der Bedrohung	69
5 - 6	Krankenhäuser in Not! Es fehlt an Betten und Krankenschwestern	63
7	Das Signal von Dortmund Unruhe in den Betrieben wächst	51

* * * * *
* * *

Zur Beachtung:

Beobachtungen und Gespräche in der Tschechoslowakei

Wir veröffentlichen am Samstag, den 22. November 1958, eine Sonderausgabe des Sozialdemokratischen Pressedienstes mit einer großen Reportage von Günter Markscheffel, "Beobachtungen und Gespräche in der Tschechoslowakei". Originalaufnahmen zur Illustration des Berichtes sind verfügbar. Entsprechende Wünsche können an die Redaktion des SPD-Pressedienstes gerichtet werden.

Am Beginn eines neuen Nervenkrieges

sp - Wenn die sowjetische Note wegen des Status der Deutschen Hauptstadt Berlin veröffentlicht wird, beginnt für die Bundesrepublik und die Westmächte eine Periode komplizierter Abwehrmaßnahmen gegen die zweifellos feststehende Absicht Moskaus, Berlin vom Westen zu isolieren und die Regierung von Pankow an den internationalen Verhandlungstisch zu bringen. Die Berliner selbst, die schon einiges gewohnt sind, werden einer Nervenprobe ausgesetzt sein, wie man sie kaum ihresgleichen in der Geschichte einer Stadt kennt.

Aber auch die Bundesrepublik und ihre westlichen Verbündeten müssen sich auf den von Chruschtschow gewollten Nervenkrieg einstellen. Es ist kaum anzunehmen, daß der sowjetische Ministerpräsident nach dem erfolgten Abzug russischer Truppen aus dem Ostsektor Berlins den "heißen" Krieg ansteuern will. Dazu steht auch für die Sowjetunion zu viel auf dem Spiel. Was er jedoch will, und was ihn veranlasst, sogar den Vorwurf des Vertragsbruches hinzunehmen, ist bestimmt die Schaffung einer Atmosphäre, in der das Deutschlandproblem mit allen seinen Aspekten wieder politisch zur Debatte gestellt wird.

Bis er dieses Ziel erreicht hat, wird der listige Mann aus dem Kreml alle Register seiner Gerissenheit ziehen. Er wird vor- und zurückgehen. Er wird auf vielen Ebenen der theoretischen Kontaktmöglichkeiten zwischen den Westmächten und Pankow verstoßen und gelegentlich auch seine Schachfiguren wieder zurückziehen. Mit einem Wort: Wir werden ein Feuerwerk pseudo-diplomatischer und halbmilitärischer Aktionen zu erwarten haben, in denen nur eins den Berlinern und uns helfen kann - die Kühle und durch nichts zu erschütternde Ruhe der Nerven, die kaltblütige Gelassenheit dessen, der das Recht auf seiner Seite hat und die moralische Überlegenheit derer, die gewillt sind, den Frieden in Europa zu erhalten.

Die Sowjetunion setzt bei dem Griff nach Berlin ihre Potenz als Weltmacht ein. Es geht ihr dabei aber nicht nur um Berlin und um die Zone. Sie will mit den jetzt angekündigten Maßnahmen einen Punkt an-

steuern, an dem die Westmächte gezwungen sind, mit ihr politisch über das Schicksal Gesamt-Deutschlands zu verhandeln.

Dafür gibt es viele Gründe. Die Sowjetunion befindet sich zur Zeit in einem gewaltigen Wirtschaftsaufbau. Sie will in spätestens 10 Jahren mit der industriellen Kapazität der Vereinigten Staaten gleichgezogen haben. Um dieses Ziel zu erreichen, muß sie versuchen, ihre Flanken von militärischen Belastungen freizubekommen. Sie muß besonders in Europa versuchen, die Vereinigten Staaten und deren Verbündete zu einem Kompromiß politisch-militärischer Art hinzuführen, der es ihr gestattet, mit einer gewissen Ruhe die weitere Entwicklung im eigenen Machtbereich anzusteuern. Es gibt viele Hinweise dafür, daß die Sowjetunion dieses Ziel mit ihrer jetzt angekündigten Aktion verfolgt, wobei sie darauf spekuliert, daß der Westen es nicht bis zum Äußersten - das heißt bis zum heißen Krieg - kommen lassen wird.

In dieser Situation ergibt sich für die deutsche Politik eine gewaltige Aufgabe. Da es ausgeschlossen scheint, daß über Europa Atom- und Wasserstoffbomben abgeworfen werden, muß die deutsche Politik von sich aus und jenseits militärischer Spekulationen politische Vorstöße in Richtung auf die Lösung der jetzt neu entflammten Auseinandersetzung um Berlin und damit auch um Deutschland vorbereiten.

Es zeigt sich in diesen Tagen wieder einmal mehr, daß das Denken in militärischen Kategorien sinnlos geworden ist. Denn in diesen Kategorien zuende gedacht, würde die von Moskau heraufbeschworene Situation den heißen Krieg bedeuten können, der weder Sieger noch Besiegte kennt. Es bleibt also nur die Überlegung, wie man politisches Handeln in die Waagschale werfen kann, eine politische Aktion, deren entscheidendes Ziel sein müßte, Entspannungmaßnahmen zwischen Ost und West einzuleiten, die zu einer Entkrampfung in Europa führen können.

Unaufhaltsamer Niedergang der österreichischen KP

K.F., Wien

Vor kurzem feierte die österreichische KP den 40. Jahrestag ihrer Gründung - eine Feier, die außerhalb der Teilnehmerschaft so gut wie unbekannt und unbemerkt geblieben ist. Seit Jahren schon führt die Kommunistische Partei in Österreich ein ausgesprochenes Schattendasein. Wenn sie auch vorher niemals eine große Rolle in der Politik des Landes gespielt hat, so war sie doch bis 1945 als "verlängerter Arm der russischen Besatzungsmacht" ein gewisser Faktor der Unruhe und Bedrohung. Im Jahre 1945 stellten die Kommunisten, unter dem Druck der Roten Armee, sogar den Vizekanzler, den Innenminister und den Unterrichtsminister, allerdings nur so lange, bis die KPÖ durch die ersten Parlamentswahlen im Dezember 1945 in die hoffnungslose Minderheit verbannt wurde, in der sie inzwischen immer mehr eingetrocknet ist.

Kurz gesagt, die KP ist in Österreich kein politisches Problem, und das bestätigt die Richtigkeit der immer wieder von den Sozialisten eingenommen und vom sozialistischen Innenminister praktizierten Haltung, daß man diese sogenannte Partei unter keinen Umständen verbieten sollte. Nichts wäre nämlich den österreichischen Kommunisten lieber gewesen als ein Verbot ihrer Partei, wie etwa in der Bundesrepublik, denn dann wäre ihre völlige Bedeutungslosigkeit nicht so deutlich zutage getreten, und überdies wäre sie dann vom Nimbus des Verfolgtseins umgeben, von dem sie sich eine gewisse Anziehungskraft verspricht.

Die österreichischen Sozialisten haben vielmehr von Anfang an einen ebenso energischen wie erfolgreichen Kampf gegen die KPÖ geführt. Das hinderte die konservative Österreichische Volkspartei freilich nicht daran, vor jeder Parlamentswahl die Sozialisten als Schrittmacher des Kommunismus zu verleumden und die "rote Katze" heraufzubeschwören, die aus dem Sack der SPÖ herauspringen werde, sobald ihre Zeit gekommen sei. Dabei waren es gerade führende ÖVP-Funktionäre, unter ihnen der damalige Bundeskanzler und heutige Außenminister Leopold Figl, 56, die sich im Jahre 1947 in Geheimverhandlungen über Pläne einer Regierungsumbildung mit kommunistischen Beauftragten eingelassen hatten.

Der Niedergang der österreichischen KP vollzog sich in drei Etappen. Die erste Etappe bildete der mißglückte kommunistische Putschversuch im Herbst 1950. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, vor allem bei der Herstellung eines tragbaren Verhältnisses zwischen Preisen und Löhnen, hatten einen Teil der Bevölkerung verbittert. Die KPÖ versuchte, sich diese Mißstimmung zunutze zu machen und durch Gewaltakte und Sabotageaktionen einen Bürgerkrieg heraufzubescheren, bei dem sie vorsorglich darauf bedacht war, auch die sowjetische Besatzungsmacht zum Eingreifen zu provozieren. Doch das Eingreifen der Sowjets beschränkte sich auf Schikanen gegen die Polizei, und der ganze Putschversuch scheiterte schließlich am erbitterten Widerstand der sozialistischen Arbeiter. In der Folge verloren die Kommunisten jeglichen Rückhalt in der Gewerkschaftsbewegung.

Die zweite Etappe bildete der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages und der damit verbundene Abzug der Besatzungstruppen im Jahre 1955. In den früher von den Russen verwalteten USIA-Betrieben kehrten viele Arbeiter der verhaßten Partei den Rücken. Die dritte und letzte Etappe bildete die Auswirkung des Aufstandes im benachbarten Ungarn im Herbst 1956. Zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der Partei traten demonstrativ aus der KP aus.

Im Parlament ist die KPÖ heute mit lediglich drei von insgesamt 165 Abgeordneten vertreten, bei den kommenden Wahlen im Oktober 1959 wird sie voraussichtlich zur Gänze aus dem Parlament hinausgewählt werden. Bei den Betriebsratswahlen büßt sie ständig an Stimmen und Mandaten ein. So erhielten die Kommunisten bei den vor einigen Tagen abgehaltenen Eisenbahnerwahlen nur 10 Prozent (Sozialisten 80 Prozent) und bei den kurz danach folgenden Wahlen der Postbediensteten nur vier Prozent der gültigen Stimmen.

Die kommunistische Presse beschränkt ihre Polemik auf die der Enttäuschung eigene boshafte Nörgelei. Für ihre sonstige Argumentation führt sie immer häufiger ausländische Ereignisse an. So berichtete die "Volksstimme", das Zentralorgan der KPÖ, am 16. November von dem Nürnberger Prozeß gegen die Aktivistinnen des "Demokratischen Frauenbundes Deutschlands" unter dem Titel "Heimatland der Nitribitte kann Frauen nicht leiden, die um ein besseres Leben kämpfen". Die Bundesrepublik Deutschland als "Heimatland der Nitribitts" zu bezeichnen, gehört zum Fundus einer Propaganda, die angesichts der eigenen Niederlage jegliches Maß und Empfinden verloren hat.

Krankenhäuser in Not!

Der peinliche wie erschütternde Vorfall in München, wo ein schwerverletzter Kopedfahrer im Krankenhaus keine Aufnahme fand, wirft schlagartig das Licht auf einen beschämenden Zustand in der Bundesrepublik. Zwar liegt im Münchener Fall eine Art Kurzschlußreaktion eines Arztes und einer Schwester vor, die beide überbeansprucht sind seit langen, aber solche Beispiele menschlichen Versagens hat es wiederholt schon gegeben. Die eigentliche Schuld liegt jedoch nicht beim Personal der Hospitäler, sondern eher schon in den verpaßten Planungen beim Neuaufbau unseres Landes. Es fehlt überall und wie noch nie an Krankenhausbetten, an Zimmern, an Ärzten, Schwestern, Pflägern. Zwar redet man gern von der hohen Zeit großer Wirtschaftswunder, doch darüber sind die Kranken offenbar vergessen worden.

Was in München am Dienstag, 18. November 1958, geschah, kann sich morgen, übermorgen in fast jeder anderen Stadt wiederholen, denn schon lange heißt es in den Büros der deutschen Krankenhäuser: "Wir können nur dringende Fälle aufnehmen ... kommen Sie wieder, wir haben kein Bett frei ..." Die Gesundheitsämter und Ärztekammern wissen das. Es hat hinreichend Tagungen gegeben, die auf diesen Notstand hinwiesen, aber ihre Rufe verhallten wie die weiland in der Wüste.

Lediglich Nordrheinwestfalen, das unter der Steinhoff-Regierung auf dem Gebiete des Gesundheitswesens aufholte, gibt in laufender Jahr 45 Millionen Mark für Krankenhausausbauten aus. 16 000 zusätzliche Krankbetten wurden geschaffen in den letzten zehn Jahren. Und dennoch: Auch hier wird Mangel nach wie vor groß geschrien. Auch hier wird deutlich, daß Kommunen und Samariterverbände sich scheuen, neue Hospitäler zu bauen, weil sie die Schulden fürchten.

"Es fehlt doch an der Unterstützung, die doch eigentlich vom Bund her über die Länder in einem viel größeren Maße kommen müßte, denn schließlich hat doch die Bundes-Wirtschaftspolitik den Aus-

schlag gegeben für die heutige Situation," erläuterte ein Chefarzt und ein Direktor eines westfälischen Hospitals die Situation. Die beiden Experten machten geltend, was selbst das Landesgesundheitsamt schon feststellte, nämlich die Baupreise. Ein Krankenhausbett kostet heute 30 000 DM an Baugeld. Darüber hinaus hat die Preisspirale bewirkt, daß die heutigen Pflegesätze der Kassapatienten nicht einmal die Selbstkosten des jeweiligen Krankenhauses decken: "Mit zehn oder 12,50 DM pro Tag kann man normalerweise keinen Kranken gesund machen," erklärte der Chefarzt. Mit "normalerweise" ist zugleich angedeutet, in welche Verschuldungen sich heute diese Anstalten begeben. So beläuft sich heute schon das Defizit der Krankenhäuser im Lande NRW auf über eine dreiviertel Million Mark. In anderen Ländern unserer Bundesrepublik ist die Situation noch weitaus krasser.

Rheinland-Pfalz meldet beispielsweise, daß über zehn Hospitäler vor ihrem finanziellen Ruin stehen. Dort beträgt das Jahresdefizit pro Haus zwischen 900 000 DM und über eine Million. Der Schwesterberuf droht dort wie woanders im Lande auszusterben, weil man von den Frauen bis 70 und mehr Stunden in der Woche verlangt, ohne daß sie Aussicht hätten auf eine angemessene Bezahlung. Das Kapital der jungen Ärzte ist hinreichend bekannt ... Auch hier beweist die Bundesrepublik - ganz ungewollt sicherlich - daß sie mit fast sträflicher Nachlässigkeit diese Probleme beobachtet hat.

In einem Bundeshaushalt, in den Kanzlerfond und Informationsgelder bereitwillig von der Mehrheit des Bundestages Jahr für Jahr aufgenommen werden, sollte es auch eine Rubrik der Hilfeleistungen für die deutschen Hospitäler geben. Wenn man sich zu grundsätzlichen Subventionen nicht entschließt, wird der Bund selbst eines Tages zu den "Schwerkranke[n]" zählen, zu denen nämlich, deren Kreislaufstörungen der Arzt als lebensgefährlich bezeichnet.

Das Signal von Dortmund

rd. Die Schärfe, mit der der DGB durch seine Sprecher in der Kundgebung von Dortmund zu der gesellschaftspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Stellung genommen hat, mag manchen friedlichen Bürger erschrecken haben. Mehr noch vielleicht, der Erregungszustand der Kundgebungsteilnehmer, der in Rufen wie "Auf die Barrikaden" und "Generalstreik" zum Ausdruck kam. Diese Stimmung hat erschreckt, weil man dem Bundesbürger immer wieder weiszumachen versucht, es seien nur die Gewerkschaftsfunktionäre, die um der Ausdehnung ihrer Macht willen radikale Thesen verbreiten, doch diese Thesen fanden unter den Arbeitnehmern kaum noch Resonanz. In Wahrheit hat der DGB mit der Dortmunder Kundgebung nur dem Verlangen aus den Betrieben Rechnung getragen, nun endlich gegenüber der gesellschaftspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik einmal die wahrhafte Stimmung in den Betrieben zu manifestieren. Dortmund war dieses Manifest und somit ein Signal.

Was ist es, das die Arbeiter so erregt? Etwas der Abbau einiger Arbeitsdirektoren, die nach der Darstellung gewisser Kreise nun ihre Pfründe verlieren? Dafür hätte sich niemand in den Betrieben aufgeregt. Aber die Konzentration anonymer und unkontrollierter wirtschaftlicher Macht in den Grossunternehmen und ihre politischen Auswirkungen auf Parteien, Gesetzgebung und Staat sind für die Arbeitnehmer schmerzhaft Erfahrungen einer noch nicht vergessenen Vergangenheit. Sie werten den Einfluß dieser wirtschaftlichen Macht schon heute in den nachfolgenden Erscheinungen:

In der Forderung des Bundesinnenministers nach Errichtung eines Staatssicherheitsdienstes - und sie glauben ihm nicht sein Dementi - in der Absicht des Bundesjustizministers, die Gegner der gesellschaftlichen Ordnung mit dem Tode zu bedrohen; in der Errichtung eines besonderen Bundeswertschatzministeriums mit der Aufgabe, den Unternehmern das Bundesvermögen in die Hand zu spielen; in der Drohung der Unternehmer und gewisser Parteien mit der staatlichen Zwangsschlichtung und dem Gewerkschaftsgesetz; in dem Urteil von Kassel, das ihnen ein Beweis dafür scheint, wie weit der Einfluß der Unternehmer bereits auch in die Rechtsprechung eingedrungen ist; in den Reformvorschlägen des Bundesarbeitsministers, der ihnen mit der Kostenbeteiligung neue soziale Lasten aufbürden und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall die Gleichstellung mit den Angestellten verweigert; in der Untätigkeit des Wirtschaftskabinetts bei der Kohlenkrise, die die Kumpels allein das soziale Risiko mit Feierschichten und Lohnausfall tragen läßt und seiner neuesten Absicht, über die Anhebung des Preisniveaus, durch Verteuerung des Heizöls, den Verbraucher die Kosten einer falschen Kohlen- und Energiepolitik anzulasten. Das ist ihre Sicht.

Die Unternehmer und die Bundesregierung mögen sich vielleicht von diesem Aufschrei weniger beeindruckt lassen als die nun aufgeschreckten Bundesbürger. Die Politiker mögen sich in der Hoffnung wiegen, mit Verzögerungstaktik und kleinen gesetzlichen Korrekturen die Aufregung durch Gewöhnung zu dämpfen. Doch sollte niemand übersehen, dass auch das Bemühen der Gewerkschaftsspitzen, die Stimmung in den Betrieben in gesetzlichen Bahnen zu halten, ein Kampf nach zwei Seiten ist. Ein Kampf um den Erfolg gegenüber den herrschenden Mächten in der Bundesrepublik, zugleich aber auch ein Kampf mit den destruktiven Feinden der Demokratie im Untergrund. Wie lange will man ihnen zumuten, Barriere der Legalität und zugleich Prügelknabe gesellschaftlicher Unvernunft zu sein?

+ + +